



Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten – Bund und Länder müssen gemeinsam ihrer Verantwortung gerecht werden

Rede von Innenminister Boris Pistorius zur Aktuellen Stunde, TOP 2 a) zum Antrag der Fraktion der SPD in der Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 03.06.2015

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt kaum ein anderes Thema, das uns derzeit so sehr bewegt wie die Flüchtlingspolitik. Rund 400.000 Asylerstanträge werden bundesweit für 2015 prognostiziert, 37.500 davon für Niedersachsen. Das Thema wurde also aus gutem Grund gleich zweifach hier in der Aktuellen Stunde benannt. Ich versichere Ihnen: Es ist auch ein Schwerpunkt meiner täglichen Arbeit als Innenminister. Erst am vergangenen Montag habe ich hierüber mit den kommunalen Spitzenverbänden intensiv gesprochen. Und ich glaube, wir haben gute Fortschritte erzielt!

Wenn ich mir aber den Titel der CDU-Fraktion anschau, „Warum tut das Land so wenig?“, dann kann ich das nicht ganz nachvollziehen. Eigentlich müsste man eher fragen: Wieso hat das Land seine Kapazitäten so stark zurückgefahren, als die CDU noch die Regierung geführt hat? Ich erinnere an die Schließung der Landesaufnahmebehörde in Oldenburg. Prinzipiell ist es ja legitim, Kapazitäten zwischenzeitlich zurückzufahren, wenn sie gerade nicht gebraucht werden. Aber dann muss man entsprechende Vorsorge treffen. Das haben Sie damals bei der Schließung von Oldenburg versäumt. Wir müssen das heute wieder beheben und neue Standorte prüfen, unter anderem auch wieder in Oldenburg.

Aber nun im Einzelnen zu dem, was diese Landesregierung tut. Wir haben in den Landesaufnahmebehörden die Kapazitäten massiv erhöht. Genau gesagt, wir haben sie im Vergleich zur Regierungszeit von CDU und FDP bis heute nahezu verdoppelt:

- In Osnabrück ist bereits ein neuer Standort auf den Weg gebracht.
- In der Außenstelle Hildesheim und durch die Nutzung mehrerer Hotels in Duderstadt, Groß Denkte und Braunschweig wurden weitere Plätze geschaffen.
- In Bramsche und Braunschweig werden zusätzliche größere Unterkunftscontainer genutzt.
- Und in Osterode sind wir in Gesprächen für einen weiteren Standort.

Es werden jedenfalls weitere Standorte folgen und für mehr Entlastung sorgen. Ich halte insgesamt bis zu sieben Erstaufnahmeeinrichtungen in unserem Land für nicht unrealistisch. Es soll aber niemand glauben, dass die Gespräche dazu überall so reibungslos ablaufen wie in Osnabrück. Oftmals wird anfangs eine große Bereitschaft signalisiert, die sich dann aber schnell im Klein-Klein verlieren kann. Tatsache ist hier: Wer will, dass wir noch mehr Plätze in

Nr. 097/15 Philipp Wedelich		
Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

den Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen um die Verweildauer dort zu erhöhen, der muss auch bereit sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und mitzutragen. Trotz der vielen schwierigen Fragen bin ich aber optimistisch, dass wir hier zu guten Lösungen kommen.

Wir haben aber schon bis heute die Landesaufnahmebehörde insgesamt besser ausgestattet. Das gilt für die Kapazitäten, das gilt aber auch für eine Neukonzeption des Verteilverfahrens. Dadurch sollen u.a. die Kommunen eine längere Vorlaufzeit bis zur Aufnahme erhalten. In 2016 wird die Landesregierung rund 74 Millionen Euro für den Betrieb der Landesaufnahmebehörde ausgeben. Weitere Bedarfe werden derzeit geprüft. Aber schon heute kann ich Ihnen sagen, dass wir dreimal so viel Mittel wie noch im Jahre 2011 bereitstellen! Damals waren es nur knapp 25 Mio. Das als weiterer Hinweis zu der Frage der CDU, warum das Land so wenig tun würde.

Wir haben uns längst nicht nur um die Landesaufnahmebehörden gekümmert. Wir haben auch die Unterbringung in den Kommunen stärker unterstützt, als es vorher der Fall war. Eine Erhöhung der Kostenabgeltungspauschale auf knapp 6.200 Euro wurde bereits beschlossen.

Und wir werden noch für weitere Unterstützungsformen sorgen! Ich bin gerne bereit, Ihnen den Weg dorthin detailliert zu schildern, damit es dann ganz deutlich wird. Bund und Länder hatten bekanntlich Ende 2014 eine Einigung erzielt, nach der ein Festbetrag in Höhe von jeweils 500 Mio. Euro in den Jahren 2015 und 2016 gezahlt werden soll. Für Niedersachsen bedeutet dies, dass in diesen Jahren jeweils 45 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Davon werden 5 Mio. Euro in die dringliche Erweiterung der Aufnahmekapazitäten der Landesaufnahmebehörde geleitet. Die weiteren 40 Mio. Euro werden direkt an die Kommunen weitergegeben. Bei angenommenen 40.000 zu berücksichtigenden Personen würden 40 Mio. Euro eine weitere Entlastung von rd. 1.000 Euro pro Person bedeuten.

Um die erheblichen Belastungen der Kommunen weiter abzufedern, plant das Land nunmehr, den bereits hälftig mitfinanzierten Soforthilfebetrug des Bundes aus eigenen Mitteln in 2015 um weitere 40 Mio. Euro zu ergänzen!

Dazu soll zeitnah ein Nachtragshaushalt in den Landtag eingebracht werden. Damit stehen bereits in 2015 neben den für die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge erbrachten gesetzlichen Leistungen in Höhe von 118 Mio. Euro zusätzlich zwei mal 40 Mio. Euro für die kommunale Ebene zur Verfügung, insgesamt also rund 200 Mio. Euro!

Die Verteilung der zusätzlichen 40 Mio. Euro aus Landesmitteln auf die Kommunen soll sich an den Asylbewerberzahlen des Jahres 2014 orientieren. Für die 40 Mio. Euro des „Bundes-einmalbetrages“ ist dieses Verfahren mit den kommunalen Spitzen bereits besprochen. Die maßgeblichen Zahlen für den Stichtag 31.12.2014 werden in Kürze vorliegen. Bei angenommenen 40.000 zu berücksichtigenden Personen würden die 40 Mio. Euro aus dem Bundesprogramm und die weiteren 40 Mio. Euro aus Landesmitteln eine weitere Entlastung von rd. 1.000 Euro pro Kopf bedeuten. Die Kommunen bekämen damit rechnerisch 8.200 Euro pro Kopf und Jahr zugewiesen. Zusätzlich zu der erst in diesem Jahr erhöhten Pauschale von ca. 6.200 Euro kann also pro Kopf in den Jahren 2015 und 2016 mit weiteren 2.000 Euro gerechnet werden.

Wir sind uns bewusst, dass die Kommunen eine verlässliche Aussage für die Zukunft benötigen. Es ist deshalb beabsichtigt, die zusätzlichen Landesmittel in den Jahren 2016 ff. zu verstetigen. Dies soll im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2016 behandelt werden.

Ich halte fest: Das Land stellt erhebliche finanzielle Mittel bereit und wird das weiter ausbauen. Wir sind aber auch darüber hinaus aktiv. Auf meine Initiative im Kreise der IMK hat der Bund

Nr. 097/15 Philipp Wedelich		
Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

eine Initiative zur beschleunigten Rückführung abgelehnter Asylbewerberinnen und –bewerber aus dem Kosovo aufgelegt, an der auch Niedersachsen teilnimmt.

Kosovarische Asylbewerber wurden in dieser Zeit nicht auf die Kommunen verteilt, sondern das Land hat hier Unterkunft, Versorgung und letztlich auch die Rückführung abgelehnter Antragsteller organisiert, ohne dass die Kommunen sich hieran beteiligen mussten. Die beschleunigten Verfahren haben jedenfalls bereits Wirkung gezeigt. Die Zahl der kosovarischen Asylbewerber ist von 586 im Januar (2015) auf 120 im April zurückgegangen. Unsere Verfahrenspraxis verdeutlicht die Tatsache, dass wirtschaftliche Not, wie sie leider vielfach im Kosovo herrscht, nach heutiger Rechtslage kein relevanter Prüfungsmaßstab im bundesweiten Asylverfahren ist. Das ist für mich ein Stück Ehrlichkeit, denn ich möchte nicht, dass noch mehr Menschen ihr letztes Hab und Gut in ihrer Heimat aufgeben, obwohl sie schlussendlich keine reale Chance auf Asyl in Deutschland haben.

Sie sehen also: Das Land tut eine Menge in der Flüchtlingspolitik, und es ist bereit und auch schon dabei, hier noch mehr zu tun. Klar ist aber auch: Der Bund muss ebenfalls liefern angesichts dieser Herausforderung, die ohne Zweifel globales Ausmaß hat. Ich erwarte, dass der Bund sein eigenes Ziel nachhaltiger verfolgt, Asylverfahren innerhalb von drei Monaten zu entscheiden. Davon sind wir heute zum Teil sehr weit entfernt, und Länder wie Kommunen bekommen das zu spüren! Der Bund muss aber auch finanziell mehr tun. Ich erwarte, dass er nicht nur bis 2016 befristet, sondern dauerhaft stärker unterstützt. Es kann auch nicht sein, dass der Bund gerade einmal gut 5% der kommunalen Kosten übernimmt, während die Kommunen und insbesondere das Land für den Rest aufkommen müssen.

Auf Bundesebene laufen hierzu aktuell die Gespräche zwischen den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder und der Bundeskanzlerin, und ich hoffe, dass wir hier ebenfalls zu guten Ergebnissen kommen!

Nr. 097/15 Philipp Wedelich Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
---	---	---